

Haushalt 2021 : Sozial.,Gerecht und Fair ???

Rede zum Haushalt 2021 Redezeit 15 Min.

Seite 1

sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren,

In einer der schwersten Wirtschaftskrisen, die wir erleben, muss es Aufgabe der Kreispolitik sein, den 300 000 Bürgen im Landkreis Sicherheit zu geben, Ruhe auszustrahlen ,zu investieren und dort zu helfen, wo das Geld wirklich gebraucht wird. Ich frage, in wie weit geht es sozial, fair und gerecht in diesem Kreistag Darmstadt Dieburg zu. Für uns Linke waren viele Entscheidungen in diesem Kreistag weder sozial, noch fair und gerecht. Tatsächlich wächst im Landkreis Darmstadt Dieburg die Unzufriedenheit. Es gibt immer mehr Armut bei immer mehr Bürgern des Landkreises.

Die Verteilung der Einkommen und Vermögen ist extrem ungerecht mit wachsender Tendenz. Die Armutsquote stieg von 12,7 % (2005) auf 16,1%(2019)– wie es schon der Armutsbericht 2020 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für Südhessen berichtet. In diesem Bericht heißt es „ Gegen Armut hilft nur Geld und keine schöne Worte.“ Dort heißt es auch „Armut ist das Resultat exzessiven Reichtums – es sei höchste Zeit für eine Politik für die Armen.

Die Mehrheit in diesem Haus, SPD , Grüne , CDU und FDP haben für Arme nur schöne Worte übrig und ihre Pflichtausgaben in der Kontenklasse 5 des Haushaltes.

**In diesem Kreistag geht es nicht gerecht, sozial und gar fair zu?
Wir stellen fest:**

1. Dass wir – DIE LINKE heute überhaupt abstimmen können, haben wir RA Mohrmann und einem mutigen Urteil eines Verwaltungsgerichtes Darmstadt zu verdanken. Ginge es nach der Mehrheit dieses Kreistages hätten wir heute kein Recht --- kein Grundrecht der Demokratie- dem Stimmrecht im Kreistag? Die freie

Rede ist ein Grundrecht der Demokratie, das man uns in diesem Kreistag vorenthalten wollte. Einfach skandalös. Danke Herr Mohrmann.

2. Vor wenigen Tagen stimmte uns Landrat Schellhaas im Haupt und Finanzausschuss auf das ein, was in der Zukunft kommen wird - nämlich deutliches Angehen der Haushaltskonsolidierung, in gut Deutsch, drastisches Sparen. Die Ausgaben in Höhe von 1,4 Mio. für drei Hauptamtliche könnte man reduzieren, wenn man sich mit 2 Hauptamtlichen begnügen würde. Diese Sparmaßnahme würde DIE LINKE unterstützen.

3. Das Regierungspräsidium bezifferte die Verschuldung des Landkreises bis 31.12.2023 mit 633 Mio. – das Da/Di Werk darf keine Investitionen im Schulbauprogramm mehr beginnen, und die 3,1 Mio. für Baukosten des Schloss Heiligenberg müssen finanziert werden...., Ausgaben , die Mario Barth in RTL als reine Steuerverschwendung bezeichnet. Wollen sie nicht erst bei Ihnen beginnen zu sparen?

4. Die Politik der LINKEN im Kreistag Da/Di hat besonders die Armut, das Prekariat, den Mindestlohn der Reinigungsfrauen, die Hartz 4 Praktiken in der KFB im Blick. Das sind keine vernachlässigten Minderheiten – sondern mindestens 20 % der Kreisbevölkerung. Auch die Problemen der Alleinerziehenden – die der Kinderarmut wird von Ihnen hier im Kreistag missachtet und nicht die nötige Achtung geschenkt.

5. Ich würde der SPD in diesem Kreistag empfehlen, sich auf ihre alten sozialdemokratischen Prinzipien zu besinnen. Diese SPD ist in meinen Augen und in den Augen vieler ehemaliger SPD Wähler schon lange keine soziale Partei mehr und verliert im Wettstreit der Neoliberalen mit CDU und FDP nicht nur Mitglieder sondern auch Stimmen. Mein verstorbener Vater Erich – bis 2006 jahrelang Mitglied der SPD - Mitglied im Stadtparlament Reinheim– wäre heute stolz auf mich, wenn er meine Rede hören würde. Die SPD hat seit 2005 zusammen mit den Grünen den Sozialstaat zerschlagen – mit fatalen Folgen, die wir heute im Landkreis sehen können! Ändert euren Kurs im Kreistag, ihr Sozialdemokraten !

6. Ihr seit noch nicht einmal bereit, das umzusetzen, was eure hess.

Spitze euch empfiehlt. Einen Mindestlohn von 13 €. Im Da/DI Werk wird ein Überschuss von 690 TDE ausgewiesen. Der wurde auf den Rücken der Reinigungskräfte für einen Stundenlohn von 10,80 brutto erwirtschaftet. Ist das sozialdemokratische Politik ? – Herr Schellhaas. Wir werden diese Vorlage des Da/Di Werkes nicht zustimmen.

Nun zu unseren Anträgen:

7. Mit der Vorlage 3800 bitten wir bei bestehenden Mietverträgen der Grundsicherungsempfänger mind. 10 % aller neuen Mietverträge stichprobenartig die Mietgrößen zu überprüfen. In Rossdorf gab es Vorwürfe, dass hier der Verdacht des Steuerbetruges bestünde und zu große Mieträume ausgewiesen wurden. Ihr Hinweis, dass es sich um Privatverträge hier handelt, sehen wir insofern nicht richtig, weil ihr Außendienst regelmäßig diese Privatverträge bei Hausbesuchen umgeht .Daher stimmen sie unserem Antrag zu.

8. Mit der Vorlage 3501 bitten wir bis zum 31.12.2021 zu prüfen, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft als Eigenbetrieb zu gründen. Die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft sollte vorangetrieben werden. Sie ist nach der Aufhebung der Preisbindung von 611 Wohnungen im Landkreis durch den Bauverein - dem Sinken der Sozialwohnungen um ca. 600 Wohnungen von 2014 bis 2019 dringendst erforderlich. Hier bedarf es keinen Aufschub mehr. Gespräche mit der Kommunalaufsicht und den Kreiskommunen sind neu aufzunehmen. Alle Landes und Bundesmittel sind hierfür zu beantragen und eigene Mittel ab 2022 im Haushalt zustellen. Daher bitten wir, stimmen sie unserem Antrag zu.

9. Mit dem Antrag 3425 bitten wir je 2000 Euro für die beiden Reinheimer Vereine Kindersozialfonds und die Reinheimer Erwerbslosengemeinschaft. Beide leisten hervorragende Arbeit und finanzieren sich nur von Spenden. Das eingebrachte Argument „hier handele es sich um Reinheimer Verein und damit sei diese Vorlage nicht im Kreistag zu behandeln ist unsachlich und fachlich falsch. Wenn ein Babenhäuser Verein GWA 10.000 € freiwillige Leistungen vom Landkreis erhält, sind beiden Reinheimer Vereine diese freiwilligen Leistungen zu gewähren. Stimmen sie daher unserem Antrag zu.

10) Mit unserem Antrag 3503 bitten wir eine 10%ige Überschreitung der Mietobergrenzen für Alleinerziehende , für Schwangere ab der 12ten Woche, für Leistungsbezieher die mind. 10 Jahre in ihrer Wohnung – für Leistungsbezieher über 60 Jahre – für Leistungsbezieher mit langen Schulwegen – für chronisch Kranke, Rollstuhlfahrer , Obdachlose und von häuslicher Gewalt bedrohten Grundsicherungsempfänger zu gewähren. Dieser Antrag wäre die richtige Antwort den Grundsicherungsempfänger 1,8 Mio. pro Jahr an den zu niedrigen Kaltmieten zu kürzen. Der Begründung von Frau Lück, das man ein Gespräch mit der KFB führen soll, können wir nicht verstehen, die Realität sieht völlig anders aus...Wir brauchen in dieser Frage eine generelle Handhabung der KFB!. Daher stimmen sie diesem Antrag zu,

11) Mit der Vorlage 3504 bitten wir um die Einführung eines Sozialtickets Darmstadt Dieburg. Es ist unfair, ungerecht und unsozial, wenn Darmstadt bei 130000 Einwohner bei Fahrten von Eberstadt nach Kranichstein 400 000 Euro für ein Sozialticket im Haushalt einstellt. Der Landkreis, bei fast 300 000 Bewohnern und Fahrten von Babenhausen nach Kranichstein, ein solches Ticket ablehnt, mit der Begründung “es sei nicht Aufgabe der Kommunen ein solches dringend benötigte Sozialticket zu gewähren“, (Antrag 2100 – 2019). Ist das sozialdemokratische Politik – Frau Spröbeler? Nein das ist blamabel und unsozial.

13) Dies alles wäre zu finanzieren, wenn man aus dem Teufelskreis der kommunalen und Kreisarmut entrinnt, und massiv im Bundes- und Landtag die Forderung der LINKEN unterstützt und den Reichen die Steuern erhöht. Einführung der Vermögenssteuer , Änderung der Erbschaftssteuern, eine Einmalgabe für die Superreichen. Dies - Herr Schellhaas würde gegen die Spaltung der Gesellschaft helfen. Eine Einmalabgabe für Superreiche wäre zu erheben, bei einem Freibetrag bis zu 2 Mio. und von Betriebsvermögen in Höhe von 5 Mio. Dies würde erst bei einem abgabepflichtigen Vermögen von 100 Mio. erhoben. Nur 0,7 Prozent der Bevölkerung – so die Berechnung der LINKEN - müssten diese Einmalabgabe zahlen. Hiermit könnten alle unsere Anträge finanziert werden. Sie sollten dann finanziert werden, wenn sie wie im September geschehen 20 Mio. für - ihrer Meinung

nach systemrelevante Unternehmen - ausgeben. Dass dabei Busunternehmen mit 200 TDE „beglückt“ wurden, die ihre Fahrer mit 13,50 die Stunde ausbeuten, interessiert im Kreistag kaum jemand. Daher stimmen sie dieser Resolution zu.

Damit könnte sie auch den von uns im März 2017 eingebrachten Aktionsplan gegen Kinderarmut – umsetzen. Ist das sozialdemokratische Politik- liebe Frau Lück, wenn sie einen teuren Bericht verfassen. Da steht drin, was wir alles schon wußten. Dass sie eine runden Tisch bildeten und bis heute im Haushalt 2021 – nur die angefallenen Stunden der Jugendhilfeplanung einfließen lassen, ist ungerecht den alleinerziehenden gegenüber. Ein Mittel gegen Kinderarmut – Frau Lück – ist Geld und keine seitenlange Berichte - Treffen hochrangiger Personen und runde Tische! Das ist keine sozialdemokratische Politik- das ist eine unsoziale Politik auf Rücken der Alleinerziehenden.

Wir möchten uns bei der Verwaltung für die tolle Unterstützung bedanken. Wir wünsche Ihnen allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest. Wir werden diesem Haushalt 2021 nicht zustimmen,. Uns fehlt die Verhältnismäßigkeit zu dringend notwendigen sozialen Ausgaben und Ausgaben wie 14 Mio. für die Planung einer Straßenbahnlinie, an deren Ende auch die Abplanung stehen könnte. Oder Hunderttausende für eine strategische Sozialplanung. Andere Beispiel benannte ich. Es ist traurig, dass in dem Jahr, wo z.b. Millionen für eine falsche Gesundheitspolitik in Deutschland oder für eine Luxuslinik Heiligenberg ausgegeben wurden, viel zu wenig für die Ärmsten vorhanden sind.

DIE LINKE DA/DI